

Soll „Atomkraftwerk (AKW) Bauschutt“ in Lübeck auf der Deponie Niemark eingelagert werden?

Wir sind an Ihrer Meinung interessiert!

Die bundes- und landespolitische Frage über den Ausstieg aus der Kernenergie berührt nun die Kommunalpolitik! Warum?

Deutschland steigt aus der Kernenergie aus. Die Atomkraftwerke werden Stück für Stück abgeschaltet und abgerissen. Nach dem Rückbau der AKW Krümmel und Brunsbüttel in Schleswig-Holstein muss nun der deponiepflichtige AKW-Bauschutt nach dem Abriss endgelagert werden. Die Hansestadt Lübeck soll im ersten Schritt den größten Anteil vom AKW-Bauschutt aus Brunsbüttel übernehmen: **Bis zu 12.000 Tonnen!**

Diese Altlast von Ex-Umweltminister Robert Habeck muss nun sein Nachfolger Jan Philipp Albrecht (Bündnis 90/Die Grünen) regeln. Und was macht der Landesumweltminister? Der will den deponiepflichtigen AKW-Bauschutt quer durch das Land Schleswig-Holstein fahren und u.a. in Lübeck lagern, weil hier offenbar wenig Widerstand vermutet wird.

Reden mit der Lübecker Bevölkerung will er nicht: Die Kommunikation mit Städten und Gemeinden liegt bei nahezu Null! Wir fordern den Umweltminister auf, ein Bürgerforum in Lübeck durchzuführen und Rede und Antwort zu stehen! Stattdessen aber ordnet der grüne Umweltminister an, wo der AKW-Bauschutt deponiert werden soll. Dabei entsteht der Eindruck, dass der Minister besonders darauf achtet, dass die Deponie in Harrislee - im Bundestagswahlkreis von Robert Habeck - vor der Bundestagswahl in diesem Jahr keinen AKW-Bauschutt deponieren muss und deshalb so viel davon nach Lübeck kommt.

Wir wissen nicht, ob der AKW-Bauschutt gefährlich ist oder nicht, aber: Wir wollen nicht, dass diese bedeutsame Frage über IHREN Kopf hinweg entschieden wird - wir möchten bei dieser extrem wichtigen strahlenschutz- bzw. abfallrechtlichen Entscheidung der Landesregierung IHRE Meinung kennen!

Deshalb werden die Fraktionen von SPD, CDU und FREIE WÄHLER & GAL in der Bürgerschaftssitzung am 11.02. 2021 eine repräsentative Umfrage von ca. 5.000 Bürgern in Auftrag geben, mit der wissenschaftlich fundiert Ihre Meinung zur Einlagerung von AKW-Bauschutt in Lübeck erfragt werden soll.

Fakten

Das grüne Landesumweltministerium will per Zwangszuweisung einem Entsorger gestatten, 12.000 Tonnen deponiepflichtigen „AKW-Bauschutt“ aus dem AKW Brunsbüttel auf der Mülldeponie Niemark zu lagern.

Es geht um 50.000 Tonnen deponiepflichtigen Bauschutt von drei AKW in Schleswig-Holstein. Nur die für 2021 bis 2022 angekündigten 1.400 Tonnen Dämmwolle könnten ca. 20.000 m³ Abfall ergeben und ca. 1.000 LKW-Touren á 244 km Wegstrecken benötigen.

Insgesamt rollen mehrere Tausend voll beladene LKW durch das ganze Land.

Unsere Lübecker Deponie, die bereits jetzt schon zu 96 Prozent ausgelastet ist, kann in ca. sechs Jahren den Müll, für dessen Zwecke sie ursprünglich geplant und gebaut worden war, nicht mehr aufnehmen.

Bauschutt mit geringer Radioaktivität wird über die konventionelle Abfallwirtschaft durch „Freimessung“ entsorgt.

„Freigemessen“ bedeutet nicht frei von Radioaktivität. Der Schutz der Gesundheit und der Umwelt der Lübecker Bevölkerung könnte durch diese Methode aufs Spiel gesetzt werden.

Der deponiepflichtige Teil des schwach strahlenden Bauschutts wird per sogenannter „Freimessung“, also per Verwaltungsakt, umdeklariert und dann kostengünstig auf Deponien eingelagert. Dabei handelt es sich auch um asbesthaltige und weitere schadstoffbelastete Baustoffe, die in Lübeck deponiert werden sollen.

Atomkraftbetreiberkonzerne werden somit finanziell entlastet – die Steuer- und Gebührenzahler müssen mit dem „Freimessungs-Konzept“ bezahlen.

Zum Vergleich: In Frankreich verbleibt auch schwach radioaktiver Schutt in eigens gebauten Monolagern unter Aufsicht der Atombehörde.